

Universitäten. Die neue **Rektorencefin** Eva Blimlinger über Ideologie im Regierungsprogramm, teure Uni-Fusionen und Ideen, die für die **Universitäten** alles nur noch komplizierter machen.

VON BERNADETTE BAYRHAMMER

Die Presse: Sind Sie erleichtert, dass Heinz Faßmann Wissenschaftsminister geworden ist – und nicht jemand anderer?

Eva Blimlinger: Ich bin erleichtert und auch sehr zufrieden. Faßmann weiß um die Probleme, aber auch Stärken der Unis Bescheid. Und er weiß, was notwendig ist.

Er hat selbst gesagt: Der Druck geht eher in Richtung Kindergarten und Schule. Fürchten Sie, dass die Unis da untergehen?

Ich glaube nicht, dass sie untergehen. Natürlich wäre mir ein eigenes Wissenschaftsressort lieber. Nicht umsonst hat man das 1970 mit Herta Firnberg etabliert und gesehen, wie wichtig das war. Aber ich glaube, dass die Wissenschaft auch innerhalb dieses Ministeriums ihren Stellenwert hat.

Ihr Vorgänger Oliver Vitouch hat gesagt, das Regierungsprogramm sei nicht nur ein Griff in die Ideologiekiste – aber manchmal blitze die Ideologie durch.

Das sehe ich sehr ähnlich. Viele Punkte waren schon auf der Agenda: Verbesserung der Betreuungsverhältnisse, Studienrecht. Aber an manchen bleibt man auch hängen.

Zum Beispiel?

Bei der Hochschülerschaft. Man kann sagen, dass man mit dem Geld manchmal besser umgehen sollte. Aber das politische Mandat zu entziehen ist eine Ideologieinflechtung. Wovor fürchtet sich da die Regierung?

Wo bleiben Sie noch hängen?

An der qualitativen und quantitativen Zulassung von ausländischen Studierenden. Das steht einer Internationalisierung der Unis klar entgegen. Weil wir natürlich an Studierenden aus dem Ausland interessiert sind. Und entweder sie bleiben hier – oder sie tragen unseren Ruf in die Welt hinaus.

Damit sie eher hier bleiben, sollen die Studiengebühren von der Steuer absetzbar sein. Ist das interessant?

Das ist völliger Unsinn. Die Rede ist von moderaten Gebühren. Wenn man von 500 Euro ausgeht, sind das bei einem Bachelor 3000 Euro, wenn ich ein Jahr drauflege und einen Master, sind wir bei 6000 bis 7000 Euro. 7000 Euro von der Steuer abschreiben: Das hält keinen hier. Da bräuchte man 60.000 Euro Gebühren. Und das will wirklich niemand.

Für die, die seit fünf Jahren in Österreich und fleißig genug sind, soll es einen Bildungsscheck geben. Was halten Sie davon?



„Es geht um eine eklatante Verbesserung der Betreuungsverhältnisse“, sagt die neue Rektorencefin. [Roßboth]

Studiengebühr von Steuer abschreiben: „Völliger Unsinn“

Alle diese Modelle verkomplizieren das System in einer Weise, die für die Unis unsinnig ist. Wir haben jetzt schon x Ausnahmeregelungen bei Gebühren. Das ist ein irrsinniger Aufwand. Wenn man sich dafür entscheidet, sollte es eine Variante geben und aus. In Wirklichkeit geht es nicht um einen einzelnen Punkt, sondern um das Dreieck Gebühren, neues Stipendiensystem plus Familienbeihilfe und bessere Betreuungsverhältnisse.

Wobei Sie anders als manche Kollegen Gebühren generell kritisch gegenüberstehen.

Faßmann sagt ja selber, dass moderate Studiengebühren nicht zur Finanzierung der Universitäten beitragen. Und ich glaube im Gegensatz zu ihm auch nicht, dass sie ein Steuerungselement sind.

A propos Steuerung: Das Studienrecht soll strenger werden. Zäumt man da in manchen überlasteten Fächern nicht das Pferd von hinten auf?

Genau das ist mein Punkt. Zuerst müssen die Betreuungsverhältnisse verbessert werden. Wenn einfach so Gebühren eingeführt werden, dann werden wir wieder mit Klagen eingedeckt, weil Studierende in überlasteten Fächern keinen Platz im Seminar kriegen.

Ähnliches gilt auch fürs Studienrecht?

Ich bin dafür, da etwas zu ändern. Aber: Im Gesetz sollte nur definiert werden, was mindestens gewährleistet sein muss und die Unis sollen das autonom lösen. Die Zahl der Prüfungen ist in wenigen, überlasteten Fächern ein Punkt, in den meisten nicht. Was maxi-

male Studiendauern angeht, habe ich Verständnis dafür, zu sagen: Es gibt die Möglichkeit, jemanden nach einer gewissen Zeit zu exmatrikulieren. Wie und wann, das sollten auch hier die Unis entscheiden.

Erstes großes uni-politische Thema ist die Studienplatzfinanzierung – ein Begriff, den Sie eher ungern verwenden.

Ich sage ungern kapazitätsorientierte Studienplatzfinanzierung, weil dem Begriff innewohnt, dass ausschließlich nach bestimmten Kapazitäten finanziert wird. Und so ist es ja nicht. Es geht um eine eklatante Verbesserung der Betreuungsverhältnisse in den wenigen Massenfächern und um den Erhalt der guten Betreuungsverhältnisse. Es darf nicht darum gehen, dass nur noch so und so viele Leute studieren dürfen.

In manchen Fächern wird man nicht ohne eine Obergrenze auskommen.

Das sehe ich differenzierter. Es geht um zwei Seiten, um mittelfristig bessere Betreuungsrelationen zu erreichen: mehr Personal und die Reduktion der Studienanfänger in den Massenfächern. Man kann am Anfang eine Prüfung einziehen, es aber auch bei der Studieneingangsphase belassen und schauen, wie viele Studierende diese bestehen. Nach drei Jahren kann man das evaluieren und sagen: Wie hat sich die Betreuungsrelation verbessert? Aber das kann man nicht statisch mit einer Zahl für alle Fächer festlegen.

Prüfungen könnten aber so aussehen, wie derzeit bei Wirtschaft oder Medizin – mit einer definierten Zahl an Plätzen.

Ja, so ist es. Aber in manchen Fächern wie in der Publizistik hat man gesehen: Kaum gibt es eine Prüfung, gibt es weniger Anmeldungen und die Prüfung kann entfallen. Studienrichtungen brauchen hier auch unterschiedliche Modelle. Die Juristen waren mit der Studieneingangsphase sehr zufrieden.

Die Uni Linz fürchtet, zu den Verlierern zu gehören. Ist das Finanzierungsmodell fair?

Natürlich werden Universitäten, die schlechte Betreuungsverhältnisse haben, mehr kriegen. Es dürfen aber nicht die gesamten zusätzlichen 1,35 Milliarden Euro umverteilt werden, sondern davon nur die zusätzlichen 510 Millionen Euro.

Im Regierungsprogramm ist auch die Rede von Fusionen, um bessere Sichtbarkeit zu erreichen. Fürchten Sie um Ihre Uni?

Wir werden unter Garantie nicht zusammengelegt. Ich glaube, das tut sich kein Minister an. Und die internationale Sichtbarkeit der Kunstudis ist genau durch ihr jeweiliges Profil gegeben. Generell kostet jede Fusion in den ersten zehn Jahren wahnsinnig viel Geld.

ZUR PERSON

Eva Blimlinger (56) ist seit 1. Jänner Präsidentin der österreichischen **Universitätenkonferenz**. Die Historikerin ist nach Kurzzeit-Rektorencefin Sonja Hammerschmid die zweite Frau an der Spitze der **Uniko**. Blimlinger ist seit dem Jahr 2011 **Rektorin** der **Akademie der bildenden Künste** in Wien. Bis März ist sie noch, von den Grünen nominiert, im ORF-Publikumsrat. Sie war unter anderem in der österreichischen Historikerkommission tätig.

„Nach Orkan“: Das Militärgymnasium bleibt

Politikum. Das Gymnasium in Wiener Neustadt sollte mit Ende des Schuljahres seine Pforten schließen.

Wiener Neustadt. Welche Maßnahmen sind für die türkis-blaue Regierung prioritär und werden schon bei der ersten gemeinsamen Klausur beschlossen? Auf diese Frage hat es vergangene Woche eine überraschende Antwort gegeben. Als eines der ersten Vorhaben wurde der Erhalt des Militärgymnasiums in Wiener Neustadt präsentiert. Eine wenig breitenwirksame, aber brisante Maßnahme.

Schon lange wird auf höchster politischer Ebene über das 1965 gegründete Militärgymnasium an der Theresianischen Militärakademie diskutiert. Das öffentliche Oberstufenrealgymnasium mit vormilitärischer Ausbildung sollte eigentlich den Sparplänen des Ex-Verteidigungsministers Gerald Klug (SPÖ) zum Opfer fallen. Nach Protesten hat sich die rot-schwarze Koalition Ende 2014 jedoch darauf geeinigt, dass die Schule doch noch für die damals bestehenden vier Jahrgänge erhalten bleiben soll. Damit sollten das Gymnasium mit Ende des laufenden Schuljahres für immer seine Pforten schließen.

Dieses Vorhaben hat die neue Regierung nun gestoppt. Schon im Koalitionsvertrag

vom „Erhalt des Militärgymnasiums“, an dem die Schüler übrigens Uniform tragen, die Rede. Das wurde bei der Regierungsklausur konkretisiert. Ab nächstem Schuljahr soll der Betrieb als Sofortmaßnahme zumindest mit einer Klasse weitergeführt werden. Langfristig will man mit dem Innenministerium kooperieren und einen „fundierten Ausbildungszeitweig für den Sicherheitssektor“ schaffen. Es könnte künftig vermehrt Nachwuchs für die Polizei oder für Sicherheitsfirmen angesprochen werden. Derzeit schlagen Absolventen häufig eine Miliz- oder Berufskarriere beim Heer ein.

Nahende Landtagswahl kein Zufall

Dass der Erhalt der Wiener Neustädter Schule ausgerechnet wenige Wochen vor der niederösterreichischen Landtagswahl verkündet wird, ist wohl ebenso wenig ein Zufall, wie der gute Draht so mancher türkiser oder blauer Politiker zur Schule. Der niederösterreichische FPÖ-Spitzenkandidat Udo Landbauer ist wie auch Justizminister Josef Moser, der auf einem ÖVP-Ticket sitzt, ein Ab-

solvent des Militärgymnasiums. Das dürfte kein Nachteil gewesen sein.

Die kurzfristige Planänderung freut die Schulleitung des Militärgymnasiums natürlich. Sie erfordert aber auch Improvisation: „Jeder Tag zählt, wenn es um Planungen für das kommende Schuljahr geht“, wird Direktor Werner Sulzgruber in einem Pressestatement zitiert. Die Schule in der heutigen Form weiterzuführen, wäre auch aus seiner Sicht „ein Schritt in die falsche Richtung“. Es brauche Veränderungen – oder wie es der Direktor formuliert: „Es gilt aus meiner Sicht als Kapitän, unser schwankendes Schiff – das in den letzten Jahren viele Unwetter, teils Orkane, hat aushalten müssen und Schaden erlitten hat – mit seiner Mannschaft in den sicheren Hafen zu bringen.“ In der Werft müsse nun eine Analyse erfolgen und die „Schadstellen sorgfältig runderneuert werden.“

Dazu könnte ein neuer Standort zählen. Die Schulräumlichkeiten habe sich nämlich die Militärakademie schon gesichert. In der Nähe dieser soll die Schule aber bleiben. Das spricht für Wiener Neustadt. (j. n./APA)

Wiener Vorlesungen: Bald im Riesenrad und im Heurigen

Neuer Leiter Daniel Löcker reduziert die Zahl der Veranstaltungen.

Wien. Die „Wiener Vorlesungen“ werden künftig nicht nur im Rathaus, sondern öfter auch an ungewöhnlichen Locations wie dem Riesenrad, in Heurigenlokalen oder in der Brunnenpassage in Ottakring stattfinden. Das ist eine der Ideen, die der neue Leiter Daniel Löcker, auch Wissenschaftsreferent der Stadt Wien, am Dienstag präsentiert hat.

Die Zahl der Veranstaltungen wird allerdings deutlich reduziert. Anstatt 35 Events wie 2016 soll es künftig zwölf bis 15 geben. Dafür gibt es ab sofort ein Jahresthema, das gewissermaßen den inhaltlichen Rahmen vorgibt. Heuer ist dies das Gedenkjahr 1918 bzw. 100 Jahre Republik. Der Auftakt dazu erfolgt am Donnerstag, um 19 Uhr im Festsaal des Rathauses. Sprechen werden dabei Ex-Bundespräsident Heinz Fischer und der polnische Historiker Jan M. Piskurski. (APA)